

Warum Ungleichheit fair sein kann

VON ELMAR NASS

Als sozial gerecht gelten gemeinhin finanzielle Transfers von Reichen an Arme: Mehr materielle Gleichheit ist das populäre Ziel. Dieses Narrativ hat viele Diskussionen um die Einführung und die Ausgestaltung des Bürgergeldes bestimmt und baut weiter Druck auf zu mehr Umverteilung und Gleichheitsbewusstsein – etwa in Fragen um Sanktionen bei Sozialleistungen, um Reichen- und Vermögenssteuer, um Enteignungen von Wohneigentum, um die Höhe von Mindestlöhnen, um Maßnahmen der Inflationsbekämpfung, um ein durch Sozialtransfers finanziertes Grundeinkommen für alle und vieles mehr.

Die große Mehrheit der Ökonomen teilt dieses Narrativ jedoch nicht und auch eine wirtschaftsethische Position auf Grundlage katholischer Sozialprinzipien muss Einspruch erheben. Fünf Schritte weisen dazu den Weg.

Zunächst einmal verfehlen die Maßnahmen den gewünschten Verteilungs-Effekt: Erfahrungen beweisen, dass die Vermögenssteuer kaum etwas einbringt. Ein Bedingungsloses Grundeinkommen erhalten auch Milliardäre – und ob es am Ende finanzierbar ist, bleibt höchst fraglich. Zudem: Das Narrativ widerspricht der Solidarität. So hat der linksliberale Sozialphilosoph John Rawls den Gerechtigkeitseffekt materieller Ungleichheit begründet: Werden Leistungsträger zu stark belastet und Transferempfänger zu sehr begünstigt, sinken die Anreize zur Leistung. Fazit: Der zu verteilende Kuchen wird kleiner. Das schadet gerade den Ärmsten. Die Idee belastet auch kommende Generationen. Ergo: Wenn der Staat jetzt schuldenfinanziert alle möglichen Krisen abfedert, mag das populär sein. Die Schuldenberge aber bleiben kommenden Generationen. Das widerspricht der Nachhaltigkeit. Hinzu kommt: Das egalitäre Narrativ widerspricht der Subsidiarität, sondern folgt vielmehr einer utopischen Anthropologie. Menschen haben gleiche Würde, aber sie sind nicht gleich. Die Reduzierung von Sanktionsmöglichkeiten bei Sozialtransfers und Grundeinkommen unterstellen den selbstlosen Kollektivmenschen, der alles mit allen teilt, niemals mehr nimmt als er braucht und dessen ganze Leistungsmotivation im Dienst für das Kollektiv besteht. Der Mensch aber ist nicht so. Deshalb sind die logischen Folgen ein wirtschaftlicher Niedergang sowie der Versuch staatlicher Umerziehung. Auch wird der personale Leistungsgedanke diffamiert. Für die Verteilung von Einkommen und Vermögen wird unterstellt, dass sowohl Talente und Tugend keine Belohnung verdienen. Letztlich sei alles unverdient. Aus christlicher Sicht steht dagegen fest: Der Mensch hat den moralischen Auftrag zu der uns möglichen Leistung. Die uns von Gott gegebenen Talente sollen wir verantwortlich entfalten. Gesellschaftliche Regeln sollen diese Befähigung fördern, nicht hindern. Außerdem: Neiddebatten widersprechen zudem der Friedensidee Sozialer Marktwirtschaft. Und zu guter Letzt: Das Narrativ fortgesetzter Umverteilung ist keine hinreichende Antwort auf Ungerechtigkeiten des Marktes. Wir brauchen stattdessen ein gut begründetes und verständliches Narrativ fairer Ungleichheit.



Der Autor ist Professor für Christliche Sozialwissenschaften und gesellschaftlichen Dialog an der Kölner Hochschule für Katholische Theologie (KHKT). Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ) in Mönchengladbach.